Politische Uebersicht.

Nieder mit der Geschäftsordnung!

In diesem Zeichen standen am Mittwoch die Verhandlungen des Reichstags. Die Geschäftsordnungsdebatte am Schluß war deshalb der Höhepunkt der Sitzung, auf den sich das Interesse der zahlreich erschienenen Abgeordneten und Zuhörer konzentrierte.

Der sachliche Teil der Beratung konnte daher das Interesse nicht allzusehr fesseln. Von unserer Fraktion bekämpfte Molkenbuhr, von der Vereinigung Brömel und Gothein den Zollkriegsparagraphen 8. Endlich ließ sich auch einmal ein Epigonide, der Stadtrat Fischbeck, hören, der nicht übel gegen den Zollchauvinisten Dr. Beumer, den Obmann der nationalliberalen Kohlen- und Eisenmänner, polemisierte. — Das Schlußwort hatte der Berichterstatter, Herr Speck vom Zentrum, der es sich nicht nehmen ließ, in wohlgefälliger Breite tiefsinnige Privatansichten über Zollpolitik zum besten zu geben, dagegen sich über die zahllosen Petitionen zum Tarifgesetz kurzerhand ausschwieg. Das gab Anlaß zu einer Geschäftsordnungsdebatte, der ersten dieses Tages, die ein nicht übles Vorspiel zu der großen Tagesordnungsschlacht bildete, die alsbald folgen sollte. Singer und Bebel protestierten energisch gegen den von den Zöllnern beliebten Petitionen-Massenmord; Brömel und Gothein sprangen ihnen bei; die nur Richter schwiegen sich natürlich wieder aus; Mehrheitsanwalt war wieder Herr Spahn, während der Vizepräsident Graf Stolberg die alte Wahrheit bekräftigte, daß geborene Junker gemeinhin nobler zu sein pflegen, als ihre bürgerlichen Handlanger. — Die Abstimmungen — in ihrem Edelmut ließ die Linke deren nur eine namentlich vornehmen — ergaben natürlich die Ablehnung sämtlicher Anträge der Linken. Der Zollkriegsparagraph wurde in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 9 behandelt die wichtige Frage der Transitläger. Von der Mehrheit, zu der auch die Nationalliberalen gehörten, sprachen Herold, Hahn, Bassermann ein paar Worte; auf der Linken begründeten Dreesbach und Haase-Königsberg von unserer Fraktion und Brömel von der freisinnigen Vereinigung eine Reihe Verbesserungsanträge. — Dann trat wieder die Schlußfirma in Thätigkeit, in welche seit seinem Avancement zum Geschäftsführer der Deutschkonservativen der Herr v. Normann neu eingetreten ist. Unmittelbar nach dem Schlußantrag, den die Linke passieren ließ, erfolgte von denselben Firmeninhabern ein Vertagungsantrag, für den auch die Linke stimmte. Die zahlreichen bevorstehenden namentlichen Abstimmungen wurden vertagt: Die Mehrheit will sie schon nach dem neuen Modus vornehmen lassen.

Es war gegen 5 Uhr als Graf Ballestrem von seiner Mittagstafel zurückkehrte und seinen Platzhalter Büsing, dessen präsidentiellen Fähigkeiten er nicht mit Unrecht mißtrauen mochte, auf dem Präsidentenstuhle ablöste. In demselben Augenblicke beantragte Dr. Spahn, auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung an erster Stelle zu setzen — den Antrag Aichbichler.

Lebhafte Bewegung auf allen Seiten des Hauses. Singer erhebt sich und bekämpft in einer vorzüglichen Rede — einer der längsten, die je im Reichstag zur Geschäftsordnung gehalten worden sind — den Antrag Spahn als geschäftsordnungs- und verfassungswidrig. Das Haus folgte den von tiefer Kenntnis der Geschäftsordnung und ihrer Geschichte zeugenden Ausführungen unseres Redners mit großer Spannung; nur am Schluß, als Singer der Zollmehrheit die gefährlichen Folgen ihres Gebarens vorhielt, setzte es im Zentrum und auf der Rechten die ja schon zur stehenden Einrichtung gewordenen Tumultszenen. — Nach Singer ergriff Dr. Pachnicke das Wort, um die Erklärung abzugeben, daß er und seine Mitantragsteller in aller Form gegen die Bevorzugung des Antrags Aichbichler vor den vier von ihrer Seite gestellten Initiativanträgen protestieren. Die Mehrheit lärmte wütend und beruhigte sich erst, als Herr Bassermann die Tribüne betrat. Maßvoll in der Form, vorsichtig in seinen Ausdrücken gab der nationalliberale Führer doch in der Sache der Mehrheit völlig recht und bekräftigte seinen berühmten „Ruck nach links“ dadurch, daß er sich der Rechten und den Ultramontanen in die Arme warf. Aber wie soll man mit ihm rechten, da doch — nach einer sehr belanglosen Spahniade — der Führer einer weit mehr nach links stehenden Gruppe den moralischen Selbstmord des Liberalismus vollendete! Unter allgemeiner Spannung erhob sich Herr Richter von seinem Platze. Der Abgeordnete von Hagen setzte jetzt seinem fortgesetzten Verrat an der Sache der gesamten Linken die Krone auf. Die dröhnenden Beifallssalven aus den vor Entzücken weit aufgerissenen M—ündern der Junker und Zentrumspfaffen hat Eugen, der edle Ritter der Ausbeutungsfreiheit, ebenso reichlich verdient, wie das feurige Lob, das der altbewährte Reichstagsclown, der Antisemit Liebermann v. Sonnenberg ihm spendete. Mit Recht sagte Genosse Heine, daß er die Herren Richter und Liebermann nicht mehr auseinander halten könne.

Heine, Stadthagen und namentlich Bebel rückten mit schwerem Geschütz gegen die Vergewaltigungsmehrheit ins Feld, die der Erwiderung eine schleunige Massenflucht in die so beliebten Restaurationsräume vorzog. Sehr wirkungsvoll sprach auch Dr. Barth, einer der wenigen wirklichen Liberalen, die es noch in Deutschland giebt. Von der eigentlichen Rechten sprach niemand; die Herren Konservativen scheinen sich ganz unter das Kommando der ultramontanen „Reichsfeinde“ gestellt zu haben.

Endlich gegen 7½ Uhr fand die wilde Debatte ein Ende. Der Antrag Singer auf namentliche Abstimmung über den Antrag Spahn wurde von der Volkspartei nicht unterstützt; den einzigen Fraktionsgenossen, der sich zu seiner Unterstützung erhob, den Dr. Müller-Meiningen, suchte Richter mit Gewalt an den Rockschößen hinabzuziehen; aber er hielt in anerkennenswerter Weise stand. Trotzdem reichte die Unterstützung aus.

Die Abstimmung war daher namentlich. Sie ergab Annahme des Antrags Spahn mit 187 gegen 67 Stimmen. Mit der Minderheit stimmte die freisinnige Volkspartei.

Am Donnerstag wird also über den Antrag Aichbichler verhandelt werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. November. Aus dem Reichstag wird gemeldet, daß in den Kreisen der Mehrheitsparteien die Ueberzeugung von der Unzweckmäßigkeit des Antrags Aichbichler in seiner gegenwärtigen Form immer mehr Anhänger gewinnt. Besonders sind es die Nationalliberalen, die ihre Zustimmung zu einer Veränderung der Form der namentlichen Abstimmung davon abhängig machen, daß Hammelsprung bei gleichzeitiger Abgabe einer Zählkarte erfolgt. Die Mehrheitsparteien sollen geneigt sein, auf eine derartige Aenderung des Antrags einzugehen.

— Gegen eine Münchener Meldung, wonach vom Reichsjustizamt die Berufung einer Kommission zur Vorbereitung der Revision des Strafgesetzbuchs eingeleitet sei, erfährt die Nat.-Ztg. von unterrichteter Seite, daß es sich hierbei noch nicht um eine Kommission zur Aufstellung eines Gesetzentwurfes, sondern vielmehr um die Bildung einer freien Vereinigung von Männern der Wissenschaft zur Inangriffnahme der erforderlichen Vorarbeiten handle.

— Kurz nach seiner Versetzung in den Ruhestand ist der ehemalige Chefredakteur der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, Wilhelm Lauser, einem Magenleiden erlegen. Er war ein williges, aber nicht immer geschicktes Werkzeug der jeweiligen Regierung.

Die Landtagswahl in Anhalt. Dem Vorwärts wird aus Dessau vom 12. November telegraphiert: Bei der heute stattgefundenen Landtagswahl erzielten wir einen glänzenden Erfolg. Drei Mandate, wie Dessau, Roßlau und Sandersleben, sind uns sicher, mehrere Landkreise dem Siege nahe.

Die Arbeitslosigkeit. Der Magistrat von Halle a. S. beschloß, vorläufig 44000 M. für Notstandsarbeiten zu bewilligen. Völlig arbeitslos sind — nach bürgerlichen Angaben! — etwa 1500 Personen, zumeist Metallarbeiter. Zwei Drittel aller Metallarbeiter haben verkürzte Arbeitszeit.

Kolonial-Fata morgana. Die reichen Goldfunde in Deutsch-Ostafrika, von denen Gouverneur Graf Goetzen einem italienischen Reporter erzählt haben sollte, sind schon zu Wasser geworden. Aus Berlin meldet das Bureau Hirsch: „Die Erklärung des Gouverneurs von Ostafrika, Graf Goetzen, bezüglich des Goldfundes, ist, wie der Tägl. Rundschau mitgeteilt wird, nicht in der Weise abgegeben worden, wie sie in den italienischen Blättern geschildert wird. Der Gouverneur erwähnte nur im allgemeinen die verschiedenen Goldfunde, die hier längst bekannt sind.“ — Und die nichts bedeuten, hätte der Verfasser des Telegramms hinzufügen können.

Fürstliche Sittlichkeitshebung. Das Berl. Tagebl. bringt folgende interessante Mitteilung: Auf eine von der Prinzessin Karl zu Salm-Horstmar, geb. Prinzessin zu Hohenlohe-Schillingsfürst, gegebene Anregung hin ist unter Zustimmung von 71 Fürstinnen (2 Königinnen, 35 Fürstinnen aus regierenden Häusern und 34 aus vormals reichsunmittelbaren Häusern) ein Verein deutscher Fürstinnen zur Hebung der Sittlichkeit gegründet worden.

Hoffentlich erzielt der Verein in den ihm offenstehenden Kreisen gute Resultate.

Konservative Zollstimmungen. Der Vorwärts schreibt: Einem in diesen Tagen aus dem Reichstag abgesandten konservativen Brief entnehmen wir den folgenden erschütternden Notschrei:

„Lieber Schatz! Ich kann leider auch heut nicht zur Jagd in Lieben sein, ich muß vielmehr **bei dem schönen Wetter als Stimmvieh dienen auf Befehl der Juden und Judengenossen.**“

Der Brief eröffnet uns tiefe Einblicke in das Seelenleben der Zolljunker. Welche Frechheit dieser Juden und Judengenossen, daß sie die Junker nicht dem edlen Waidwerk obliegen lassen und nicht mithelfen, daß auch in ihrer Abwesenheit ihre Zollprofite vom Reichstag fertiggestellt werden.

Lieben liegt im Regierungsbezirk Frankfurt a. O., dem Wahlkreise Sternberg.

Ein gewaltiger Unterschied. Aus Magdeburg wird vom 12. November gemeldet: Vor dem Oberkriegsgericht des vierten Armeekorps stand heute die Berufungssache des Feldwebels Mälzer vom 153. Inf.-Regt. zu Altenburg zur Verhandlung. M. war von dem Kriegsgericht zu Halle wegen Mißhandlung und Verleitung zum Meineid zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Auch der Vertreter der Anklage hatte Berufung eingelegt, da dem Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt worden waren. Nach Vernehmung von 7 Zeugen wurde Mälzer vom Oberkriegsgericht nur zu 5 Wochen Gefängnis wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, Nötigung und Begünstigung verurteilt. — Es giebt noch milde Richter!

Frankreich.

Im Bergarbeiterstreik ist im allgemeinen die Lage ungünstiger denn je, die Unterhandlungen sind fast überall abgebrochen, nur in Aix und Bouches du Rhône sind sie noch nicht gänzlich gescheitert.

Die Zahl der Grubenarbeiter, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit einstellen, ist im Departement Pas de Calais noch im Zunehmen begriffen und beträgt mehr als 10000, d. i. ein Drittel des Gesamtpersonals.

— **Die Humbertangelegenheit** läßt die Presse nicht zur Ruhe kommen. Nachdem der Figaro einen langen Artikel gebracht hat, weshalb man die Humberts nicht wiederfand, und dessen Ausführungen von den Debats als Phantasie bezeichnet wurde, will man im Petit Journal wissen, daß Frau Humbert am Tage ihrer Flucht telephonisch benachrichtigt worden sei, es lägen sieben Haftbefehle gegen sie und die übrigen Mitglieder der Familie vor. Außerdem behauptet das Blatt, daß in dem Schlosse Vive Eau Papiere und Dokumente beschlagnahmt worden seien, durch welche hochgestellte Persönlichkeiten kompromittiert seien.

Ganz unglaublich klingt einem diese Lesart nicht, wenn man folgende Meldung liest: Ein Gerichtsschreiber des Untersuchungsrichters wurde seines Amtes enthoben, weil unter den bei dem Bankier Goulaine beschlagnahmten Papieren sich Briefe von dem Schreiber befanden, in denen Goulaine über die gegen ihn geführte Untersuchung auf dem Laufenden erhalten wurde.

Ein sozialistischer Wahlsieg wurde in Paris erfochten. Im 10. Bezirk wurde in der Gemeinderats-Stichwahl ein Sozialist gewählt. Damit gewinnt die sozialistische Gemeinderatsgruppe ein neues Mandat. Der Gewählte, Louis Lajarrige, gehört freilich keiner der organisierten sozialistischen Parteien an. Er ist Sekretär der Gasarbeiter-Gewerkschaft und seine Kandidatur wurde namentlich von den organisierten Gasarbeitern aufgestellt und unterstützt. Sonst gab es noch in der Hauptwahl nicht weniger als fünf sozialistische Kandidaten! Lajarrige hatte aber in der Hauptwahl mit 425 Stimmen die größte Stimmenzahl unter den fünf sozialistischen Kandidaten erhalten. Die zweitgrößte Stimmenzahl, 353 Stimmen, war auf den Kandidaten der [illegible] Partei gefallen. In der Stichwahl haben dann alle sozialistischen Kandidaten zu Gunsten Lajarriges verzichtet, so daß er mit 1265 gegen 1150 radikale Stimmen gewählt wurde.

Belgien.

Der geliebte Landesvater. Im Theater Pavillon de Flore zu Lüttich kam es Dienstag abend zu ernsten Ausschreitungen. Als ein Schauspieler, der den König Leopold darstellte, auf der Bühne erschien, brachen die anwesenden Studenten in einen Höllenlärm aus. Die Polizei mußte intervenieren und verhaftete einen Studenten wegen Thätlichkeiten gegen den anwesenden Polizeikommissar.

Türkei.

Verschwundene Leute. Aus Konstantinopel wird dem Berl. Tageblatt gemeldet: Major Hamdy Bey, der ehemalige Militärattaché in Berlin, kam auf der Fahrt nach Samsun, wohin er verbannt war, auf mysteriöse Weise ums Leben. Die öffentliche Meinung behauptet, daß Hamdy Bey auf höheren Befehl von seiner Eskorte über Bord geworfen worden sei. Ebenfalls verschwunden ist der in europäischen Kreisen bekannte Oberst Bekir Bey, von dem man auch annimmt, er sei auf höhere Weisung beiseite geschafft worden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

s. **Bei der Gewerbegerichtswahl in Augsburg**, die am Mittwoch stattfand, siegte die Liste der freien Gewerkschaften über die des vereinigten Ordnungsmischmasches (christliche, Hirsch-Dunckersche und „ordnungsliebende“ Arbeitervereine) mit 4700 gegen 2890 Stimmen. Es war ein heißer Kampf, vielleicht einzig in seiner Art, denn die Gegner benutzten die ganze bürgerliche Presse und hatten die Unternehmer, die selber in den Fabriken Stimmzettel verteilten, auf ihrer Seite.

Sächsische Angelegenheiten.

Zum Fallstrick für das Versammlungsrecht möchten einige Behörden die Minderjährigenbestimmung im Versammlungsgesetz machen. Zum Teil sind derartige Versuche auch bereits gelungen. Noch niemals aber dürfte deutlicher hervorgetreten sein, daß der Minderjährigenschutz nur ein Mittel zum Zweck ist, als durch eine behördliche Entscheidung, die anläßlich eines Versammlungsverbots in Schöna (11. Reichstagswahlkreis) ergangen ist. Die Versammlung sollte unter freiem Himmel tagen; die Amtshauptmannschaft hatte aber gefunden, daß die Veranstaltung eine Gefahr für die Minderjährigen bedeute, sie verbot daher die Versammlung, obwohl von den Veranstaltern der Versammlung die weitgehendsten Maßnahmen getroffen waren, um Minderjährige zurückzuweisen. Auf die Beschwerde des Einberufers ging eine kreishauptmannschaftliche Verfügung ein, in der das Verfahren der Amtshauptmannschaft gebilligt wurde; das ist allerdings in Sachsen etwas Gewöhnliches. Aber die Art, wie die amtshauptmannschaftlichen Maßnahmen von der Kreishauptmannschaft nachträglich begründet wurden, ist ein klassischer Beweis dafür, daß manche Behörden die Minderjährigenbestimmung als Universalmittel gegen sozialdemokratische Versammlungen betrachten. Man höre, wie die Kreishauptmannschaft das Versammlungsverbot rechtfertigte:

„Auch der zweite Beschwerdepunkt giebt zu einer Beanstandung des Verfahrens der Amtshauptmannschaft keinen Anlaß. Gerade der **Umstand, daß die Einberufer und Leiter der Versammlung es für nötig gehalten haben, Ordner anzustellen, welche Minderjährige wegweisen sollten**, und die Thatsache, daß Schmidt das vorgeschriebene, ihm angesonnene schriftliche Versprechen nicht abgegeben hat, erweisen, **daß auf die Anwesenheit Minderjähriger in der Versammlung bez. in dem Schmidtschen Garten während der beabsichtigten Versammlung mit Sicherheit zu rechnen war.** Da aber der Amtshauptmannschaft ferner darin vollkommen recht zu geben ist, daß weder die Leiter der Versammlung noch die von ihnen angestellten Ordner, noch endlich ein überwachender Beamter befugt gewesen wären, aus dem Schmidtschen Garten Personen, die sich im Schmidtschen Garten aufhalten, wegzuweisen, so war unter diesen Umständen allerdings die Teilnahme Minderjähriger an der Versammlung mit Sicherheit nicht auszuschließen und es kennzeichnete sich sonach das gewählte Versammlungslokal als ungeeignet zur Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung; das Versammlungsverbot war daher in diesem Falle gerechtfertigt. (gez.) v. Ehrenstein.“

Der Umstand, daß die Versammlungseinberufer die weitgehendsten Vorsichtsmaßregeln trafen, um zu verhüten, daß Minderjährige an der Versammlung teilnehmen konnten, ist für die Kreishauptmannschaft ein besonderer Beweis für die Berechtigung nicht etwa der Beschwerde, sondern für die Berechtigung des Verbots. Dazu beachte man folgendes: Das Vereinsgesetz verlangt hinsichtlich der Minderjährigen nur, daß die Leiter einer Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung etwa anwesende Minderjährige auffordern müssen, sich zu entfernen. Auf Verlangen des Beamten muß diese Aufforderung wiederholt werden. Wenn etwa anwesende Minderjährige dieser Aufforderung keine Folge leisten, so kann deswegen eine Auflösung der Versammlung nicht vorgenommen werden, sondern nur dann, wenn der Versammlungsleiter sich weigert, auf ergangene Aufforderung des Beamten, die Minderjährigen zum Verlassen

---

Elisabeth erhob sich. „Ich schicke Ihnen also mein Stück, Herr Goedeke.“ Ihre großen Augen sahen ihn unverwandt an mit einem seltsam verwirrenden Blick. „Und wenn es Ihren Beifall hat, dann“ — sie verzog keine Miene, nur ihre Nasenflügel zitterten leicht, „dann — — dann —“

„Na, dann!“ lachte er, „verlassen Sie sich janz auf mich! Wird Schwerttegern jesiecht! Wir visitieren einige von den Hauptgrößen, Egbert Schoenfließ und die Maschka. Meinen Freund Wadler, den“ — er schlug sich auf die Tasche — „m w!“ Er hielt ihr siegesicher die Hand hin. „Also schicken Sie mir man gleich das bewußte Stück. Morgen, übermorgen werde ich die nötigen Maßregeln ergreifen. Aber selbstverständlich“ — sein Gesicht wurde ernst, er hob ablehnend die Hand — „ich desavouiere mich nicht gerne selbst, aber — nur wenn es meinen Beifall hat, meinen vollen Beifall!“

Als Elisabeth die Treppe hinunterstieg, mußte sie sich am Geländer festhalten, das Blut sauste ihr in den Ohren; es war ihr glühend zu Kopf gestiegen und legte ihr einen Schleier mit roten, tanzenden Punkten vor die Augen. Nein, so konnte sie nicht nach Hause gehen! Sie fühlte die klaren Augen ihres Mannes auf sich gerichtet und hörte ihn fragen: „Wo warst Du?“ Sollte sie ihm sagen, bei Goedeke, bei diesem — — diesem — — —? Sie hatte selbst in übermütigen Stunden über ihn gespottet, und nun hatte sie bei ihm — ja, heraus damit, ohne Beschönigung! — sie hatte bei ihm gebettelt!

Eine grenzenlose Scham kam über sie; sie hätte sich auf das Trottoir hinwerfen und rufen mögen: Tretet alle auf mich! Ich bin nichts anderes wert, als Euch unter die Füße zu kommen!

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres. Malitiös. Junger Dichter: „Denken Sie sich, mein Stück ist ausgepfiffen worden! Wenn ich mich nur an dem Publikum rächen könnte!“ — Kritiker: „Schreiben Sie doch noch ein Stück!“

Passende Rolle. Fremder: „Haben Sie denn auch eine ‚komische Alte‘ bei Ihrem Ensemble?“ — Schmierendirektor: „Natürlich! Die hat doch gestern abend den Franz Moor gespielt!“

Neues von Serenissimus. Kindermann: „Geruhen Hoheit zu bemerken, wie herrlich heute der Morgenstern erstrahlt!“ — Serenissimus: „Ah . . . hm . . . schade, daß er einen so jüdischen Namen hat.“

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021113/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft